

49

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
 Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
 :: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Er erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis. Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.
 Fernsprecher Nr. 5538. Redaktionsschluß Montags Mittags vor Erscheinen d. Blattes.
 Anzeigenpreis für die viergespaltene Petitzeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 11

Cöln, den 23. Mai 1914.

II. Jahrgang.

Unser Verband im Jahre 1913.

1. Mitgliederbewegung.

Mit dem 1. Januar 1913 traten 3 neue Verbände der christlichen Gewerkschaften ins Leben. Sie wurden sämtlich gebildet aus dem Verband der Staats-, Gemeinde-, Hilfs-, Verkehrs- und sonstiger Industriearbeiter. Die Verbände benennen sich nach den Berufsgruppen die sie umfassen: 1. Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner, 2. Zentralverband deutscher Militärhandwerker- und arbeiter, 3. Zentralverband der Forst- Land- und Weinbergarbeiter. Damit war der lange gehegte Wunsch dieser Gruppen nach Schaffung selbständiger Organisationen erfüllt. Die Praxis hatte die Notwendigkeit dieser Regelung ebenfalls längst und klar erwiesen und jetzt, nach einjähriger Wirksamkeit, kann ruhig gesagt werden, daß alle Beteiligten diese Neuregelung als ein Fortschritt betrachten. Sie ermöglicht eine intensivere Agitation unter den einzelnen Berufsgruppen, besonders aber, und das ist das wichtigste, eine noch intensivere Interessvertretung für dieselben. Nach beiden Richtungen hin wurde auch unsererseits das Menschenmögliche getan, um Erfolge zu erzielen. Das ist denn auch in erfreulicher Weise gelungen. Mit 66 Ortsgruppen und 3916 Mitglieder nahm der Verband am 1. Januar seine Tätigkeit auf; mit 79 Ortsgruppen und 4513 Mitglieder wurde das erste Jahr abgeschlossen. Das ist ein Zugang von 13 Ortsgruppen und 597 Mitgliedern. Ueber die Entwicklung in den einzelnen Quartalen gibt folgende Tabelle Aufschluß.

Wie sich aus dieser Zusammenstellung ergibt, wurden 24 Ortsgruppen neugegründet, jedoch gingen 11 Ortsgruppen ein. Der Gesamtzugang an Mitgliedern betrug 2173, davon 402 Uebertritte aus anderen, zumeist gegnerischen (roten) Verbänden. Der Gesamtabgang betrug 1576 Mitglieder, d. i. 72,5 Prozent. Die Fluktuation ist eine unerfreuliche Erscheinung, die leider in allen Verbänden zu beklagen ist. Diesem Krebsübel muß überall nach Möglichkeit

entgegengearbeitet werden. Immerhin ist ein Gewinn von rund 600 Mitglieder erfreulich zu nennen. Die verflossenen Monate in diesem Jahre brachten uns wiederum einen erfreulichen Zuwachs, so daß gegenwärtig das fünfte Tausend erreicht ist.

2. Massenverhältnisse.

Recht befriedigend haben sich die Massenverhältnisse gestaltet. Die Gesamteinnahmen betragen einschließlich eines Massenbestandes in den Ortsgruppen in Höhe von 6492,39 Mk., rund 102 263.— Mk. Die Gesamtausgaben 68 612,70 Mk., sodaß sich ein Massenbestand von 33 650,30 Mk. ergibt, wovon 26 517,10 Mk. auf die Zentralkasse und 7 133,20 Mk. auf die Lokalkassen entfallen.

Von den Einnahmen aus Beiträgen entfällt der größte Teil auf die Beitragsklasse zu 35 Pfg., dann folgen die Kl. zu 45 Pfg., 55 Pfg., 10 Pfg. und 65 Pfg. Fast zwei Drittel der Mitglieder gehören der niedrigsten Beitragsklasse (für männliche) an. Da kann nicht dringend genug der Wunsch ausgesprochen werden, eine höhere Beitragsklasse zu wählen. Das liegt im eigensten Interesse der Mitglieder selbst. Denn dadurch führen sie dem Verbands größere Mittel zu, stärken also die Stoßkraft desselben und sichern sich andererseits höhere Unterstützungen. Eine wie große Rolle diese Unterstützungen spielen, zeigen die dafür gemachten Ausgaben, die fast 20 000 Mk. betragen, d. i. mehr als ein Viertel der Einnahmen aus Beiträgen. Darum ist es eine wichtige Aufgabe der Ortsgruppen für möglichst hohe Beitragsklassen zu werben. Der an anderer Stelle veröffentlichte Massenab-schluß gibt Auskunft über die einzelnen Einnahme- und Ausgabenposten, sowie über den Massenbestand.

Es wäre dringend zu wünschen, wenn einzelne Ortsgruppen mehr Sorgfalt auf eine pünktliche, gewissenhafte Quartalsabrechnung mit der Hauptgeschäftsstelle legen, insbesondere die seitens der Hauptkasse erhobenen Einwendungen stets sofort berücksichtigen würden.

	Ortsgruppen				Mitgliederbewegung							
	Bestand am Anfang	Zu	Ab	Bestand am Schlusse	Zugang			Abgang				
					Bestand am Anfange	Aufn.	Uebertr.	Zuf.	Austritt	Gestorb.	Zuf.	Bestand am Schlusse
1. Quartal	66	8	—	74	3916	486	130	616	482	13	445	4087
2. "	74	5	3	76	4087	385	180	565	477	8	485	4167
3. "	76	6	3	79	4167	365	68	433	316	8	324	4276
4. "	79	5	6	79	4276	535	24	559	314	8	322	4513
	66	24	11	79	3916	1771	402	2173	1539	37	1576	4513

3. Lohnbewegungen und Erfolge.

Lohnbewegungen wurden 37 geführt, von denen 22 zum Abschluß kamen, 15 waren am Jahreschluß noch nicht erledigt. Von diesen 22 Bewegungen waren 19 erfolgreich, bezw. teilweise erfolgreich, 3 endeten erfolglos. Hieran waren insgesamt 3105 Mitglieder beteiligt und zwar 1530 Gemeindearbeiter, 1260 Straßenbahner und 315 Staatsarbeiter. Für 700 Mitglieder wurden Lohnerhöhungen erzielt von 24 bis 240 Mark pro Jahr, was einer Gesamtaufbesserung von 46 233 Mark entspricht. Für 510 Mitglieder wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit erzielt von 3 bis zu 6 Stunden pro Woche. Die Straßenbahner in **Öln** erhielten ab 1. Mai 1913 den 8. Tag frei anstelle des 9. In **Baden-Baden** wurde denjenigen Straßenbahnangestellten, die im Monat an mehr als 20 Tagen Führerdienst leisten, eine Führerzulage von 10 Mark pro Monat zugestanden. In **Bamberg** wurde mit der Straßenbahndirektion ein Tarifvertrag abgeschlossen, der für das Fahrpersonal Lohnerrhöhungen von 2—10 Mark pro Monat vorsieht; entsprechende Lohnaufbesserung erhielt auch das Werkstattpersonal. Für das Personal der städt. Straßenbahn in **Düsseldorf** wurde ein neuer Lohn-tarif aufgestellt, ebenso für die städtischen Arbeiter. Die Löhne wurden durchweg um 20 Pfg. bis 70 Pfg. pro Tag erhöht. Ebenso wurden in **Essen** für die städtischen Arbeiter die Löhne aufgebessert. Nachdem bereits im Jahre 1912 für die städtischen Arbeiter und Straßenbahner in **Öln** ein neuer Lohn-tarif geschaffen wurde, erfolgte im Berichtsjahre das gleiche für das Krankenhauspersonal. Die Aufbesserungen betragen 10 bis 20 Mark pro Monat. Es gelang dabei noch, die beabsichtigte Erhöhung des Wohnungsgeldes, das das unverheiratete Personal an die Anstalten zu zahlen hat, zu verhindern. Die Erhöhung sollte 20 Mk. betragen, es blieb bei 100 Mark statt 120 Mark, die in Anlaß gebracht waren. Die Stadt **Kleve** erhöhte die Löhne ihrer Arbeiter um 50—70 Pfg. pro Tag. Zu der gewünschten Einführung einer Ruhegeld- und Hinterbliebenenversicherung konnte sie sich leider noch nicht entschließen. Die Arbeiter des Gaswerks in **Siegen i. W.** erhielten eine Lohnerhöhung von 20 Pfg. pro Tag. Das Straßenbahnpersonal in **Paderborn** erhielt eine Lohnaufbesserung von 20 Pfg. pro Tag. Die anderen Wünsche auf Vermehrung der freien Tage, Verbesserung des Dienstes wurden zurückgestellt seitens der Verwaltung. Statt nun erst recht zum Verbande zu halten, um auch diese durchsetzen zu können, traten die Kollegen fast sämtlich aus dem Verbande aus. Dieselbe Kurzsichtigkeit legte das Wirtschaftspersonal der **Schussenrieder Heilanstalt** (Württemberg) an den Tag, nachdem es infolge einer Eingabe des Verbandes eine Reihe wesentlicher Verbesserungen und Lohnaufbesserungen bis zu 10 Mark erreicht hatten. Der tiefere Grund war hier allerdings die Beitragsfrage. 35 Pfg. war den Kollegen zu viel pro Woche. Für das Wirtschaftspersonal der bayerischen Heilanstalten wurden ebenfalls entsprechende Eingaben gemacht. Sie hatten den Erfolg, daß das Personal der Anstalt in **Wernau**, dessen Verhältnisse auch sehr hinter den der anderen zurückstanden, Lohnerhöhungen erhielt. Sie betragen bis zu 28 Mark pro Monat. Dem Drängen der bayerischen **Flußbauarbeiter** nach Schaffung einer einheitlichen Arbeitsordnung wurde endlich auch Rechnung getragen. Sie trat am 1. Januar 1914 in Kraft, ohne aber die Kollegen zu befriedigen. In **Gusfirchen** erzielten die Gaswerksarbeiter, nachdem sie erst kurze Zeit dem Verbande angehörten, einen schönen Erfolg. Die Löhne wurden um 30 bis 40 Pfg. pro Tag erhöht, und der Antrag auf Einrichtung

eines Arbeiterausschusses erfüllt. Für besonders schwere und schmutzige Arbeiten und für Nacharbeit beim Fuhrpark bewilligte die Stadt **Trier** Zulagen von 50 bezw. 20 Pfg. pro Schicht. Die übrigen Anträge wurden erst im Frühjahr 1914 zum Teil erfüllt, so die Errichtung eines Arbeiterausschusses und Lohnverbesserungen. Die Stadt **Vonn** führte die beantragte Ruhegeld- und Hinterbliebenenfürsorge ein; die Errichtung von Arbeiterausschüssen und die Schaffung einer einheitlichen Arbeitsordnung erfolgten im Frühjahr 1914. Die Schaffung eines Lohn-tarifs harret noch der Verwirklichung. In **Warmen** wurden Lohnaufbesserungen vorgenommen und eine Kinderzulage neu eingeführt. **Eberfeld** erweiterte diese Kinderzulagen. Der Gemeinderat in **Dornacki Gf.** bewilligte auf unseren Antrag hin für die Gewährung von Dienstkleidern die Summe von 1600 Mark, sowie eine Teuerungszulage von 50 Mark pro Arbeiter. Die Stadt **Öln** verkürzte für einen großen Teil der städtischen Arbeiter die tägliche Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden. Wenn nicht der Neunstundentag allgemein zur Durchführung gelangte, so lag dies zum guten Teil an dem heftigen Widerstand der Handelskammer und anderer Interessengruppen. Diese Kreise verhinderten auch in **Mainz** eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden. Hier beabsichtigte die Stadt auch bei der Einführung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, die im Berichtsjahre beschlossen wurde, die Gewerkschaftsunterstützungen in Abzug zu bringen. An dem Widerstand der Arbeitervertreter mißlang aber dieser Versuch. Die gleiche Absicht hegte die Verwaltung der Stadt **Warmen**, doch auch hier wurde sie nicht durchgeführt.

Die Bemühungen unserer **Stuttgarter** Straßenbahnerkollegen auf Verbesserung ihrer Verhältnisse hatten leider keinen Erfolg. Die Direktion wollte die Notwendigkeit solcher Verbesserungen nicht zugeben. Die gegenseitige unbrüderliche Bekämpfung der vorhandenen Organisationen, besonders seitens des sozialdemokratischen Verbandes mag zu dieser Ablehnung viel beigetragen haben. Die Anträge der Kollegen in **Mühlheim-Rhein** (städt. Arbeiter) nach Erlangung einer neuen Arbeitsordnung und Regelung der Löhne wurden seitens der Stadt-Verwaltung unter Hinweis auf die bevorstehende Eingemeindung mit **Öln** als nicht durchführbar abgelehnt. Inzwischen ist aber die **Ölner** Lohn-tafel eingeführt.

Die vorbezeichneten Bewegungen und Erfolge zeugen davon, daß der Verband alles daran gesetzt hat, die Interessen der Mitglieder zu wahren. Die Lohnerhöhungen für alle daran beteiligten Arbeiter betragen über 400 000 Mark pro Jahr. Erreicht wurden also: Lohnaufbesserungen, Lohnzuschläge für Verkürzung der Arbeitszeit, Nacharbeit usw. Schaffung von Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, Einführung bezw. Erhöhung von Kinderzulagen, Errichtung von Arbeiterausschüssen, Teuerungszulagen, freie Lieferung von Dienstkleidern.

Daneben fällt noch ins Gewicht, was sich nicht statistisch erfassen läßt. So z. B. bessere Behandlung, größere Respektierung der Arbeiterrechte seitens der Unternehmer und Verwaltungen. Aber auch die Pflege der Solidarität, der gegenseitigen Unterstützung, der Aufriktung und Verwertung der geistigen und sittlichen Kräfte der Arbeiter.

So wie wir im ersten Jahre des Bestehens des Verbandes gemeinsam gearbeitet haben im Interesse aller Mitglieder, so soll es auch fernerhin geschehen, denn Arbeit ist allerorten genug vorhanden. Möchten sich nur recht viele bereitfinden,

und helfen, sie zu bewältigen. Es gilt nach wie vor einzutreten für die Rechte der Arbeiterschaft und für deren wirtschaftlich und kulturelle Aufwärtsbewegung

Faule Ausreden.

Die Stärke einer Organisation ist entscheidend für ihre Erfolge. Mit einer Minderheit von organisierten Kollegen läßt sich in der Regel nicht viel erreichen. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsachen haben die Verbände in allen Ortsgruppen eine Anzahl von Vertrauensmännern, die es als ihre Hauptaufgabe erachten, die Reihen der organisierten Kollegen immer mehr zu stärken. Eine Riesenarbeit ist's, die diese Kollegen jahrein-jahraus für ihren Beruf und Stand leisten. Es ist aber eine recht stille Arbeit, die so recht niemand sieht, und allzuoft zu gering eingeschätzt wird. Sie erfordert Geduld, Ausdauer und Beharrlichkeit. Allzu oft stößt sie auf schier unüberwindliche Hindernisse und große Einsichtslosigkeit. Aber eben weil dem so ist, sollte ein jedes Mitglied sich als der Vertrauensmann seines Verbandes erachten, auch wenn ihm dieser Titel nicht offiziell beigelegt ist. Das erfordert schon das Ehrgefühl, weil letzten Endes auf die Tätigkeit des Einzelnen die Erfolge der Organisation zu buchen sind. Weiter muß jedes Mitglied auch soviel Pflichtgefühl besitzen, zu seinem Teile dazu beizutragen, daß die Solidarität Gemeingut aller Kollegen wird.

Eine Anzahl von Ursachen und „Gründen“ wird von den Unorganisierten gegen den Anschluß an die Organisation ins Feld geführt. Ausreden sind's, nichts als Ausreden. Alle wurzeln in dem Mangel an Opferwilligkeit. Wie würden sie sich schamweise in den Verband hineinströmen, diese hartgesotenen Gleichgültigen, wenn sie diese Woche 60 oder 70 Pfg. bezahlen, die nächste Woche aber schon ebenso viele Mark an Unterstützung herausholen könnten. Ja, das wäre ein Geschäft! Aber das geht nun einmal nicht, und darum bleiben sie dem Verband fern und suchen nach allen möglichen und unmöglichen Einwänden, um ihr eigenes Gewissen zu beruhigen und ihr unsolidarisches Verhalten zu beschönigen. Hören wir einmal, was sie alles sagen!

„Die Beiträge sind mir zu hoch“, sagen viele. So, wirklich? Wo war denn der „gute Freund“, als die Beiträge im Verband noch 10, 15 oder 20 Pfg. die Woche betragen? Damals ist er auch nicht Mitglied geworden. Was heute „die andern“ können, muß er doch schließlich auch können, zumal sein Lohn höher ist, als der Lohn vieler organisierter Kollegen.

„Ich will mir die Beiträge sparen“, sagen besonders „Kluge“. Ob sie wirklich nicht wissen, daß sie am verkehrten Ende sparen? Tausende, nein, Zehntausende haben den Beitrag „gespart“, und dadurch den Lohn auf einer niedrigeren Stufe gehalten, und zwar um einen Betrag, der das zehn- und zwanzigfache des Verbandsbeitrages ausmacht. Das ist eine falsche Sparfameit. Nur dadurch, daß die Mitglieder des Verbandes nicht so dachten und nicht so handelten, konnten all die Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis erzielt werden.

„Ich habe die Organisation nicht nötig“, meinen andere. Sie glauben ein sicheres Arbeitsverhältnis oder eine wirklich sozial denkende Verwaltung zu haben. Gewiß geben es noch derartige Verwaltungen. Aber auch sie bedürfen der Anregung durch die Angestellten und Arbeiter, um die Löhne mit den stetig steigenden Unkosten für die Lebenshaltung in Einklang zu bringen. Zahlen tut keiner gern, am allerwenigsten die Steuerzahler, die aber letzten Endes jede Lohnerhöhung der städtischen Angestellten

und Arbeiter zu spüren bekommen. Für die wenigsten Straßenbahner und Gemeinbearbeiter besteht ein sicheres Arbeitsverhältnis. In München wurden im vergangenen Jahre mehrere hundert Kollegen, eine Anzahl mit bis zu 10 Dienstjahren entlassen. In Köln gelang es nur durch die Organisation die Entlassung von 120 Straßenbahnern zu verhindern. Wie oft wird nicht ein Kollege wegen einer Kleinigkeit entlassen.

„Ich hatte den Verband doch nötig“ hat schon mancher Kollege gedacht, gesagt hat er es nicht, um sich nicht zu blamieren, als er gezwungen war, sein Recht an den Gerichten zu suchen. Mein, auf sich selbst und seine schwache eigene Kraft gestützt, stand er hilflos da, während er als organisierter Kollege den Rechtsschutz des Verbandes hätte in Anspruch nehmen können. Wie mancher Kollege, der um seine Rechte aus den Versicherungsgesetzen streiten mußte, wie mancher Straßenbahner, der sich wegen angeblich fahrlässiger Transportgefährdung zu verantworten hatte, hat dieses Allein stehen unangenehm empfunden.

Die Mehrzahl unserer Kollegen haben ein stabileres Arbeitsverhältnis, wie die Industriearbeiter. Deshalb aber haben sie erst recht die Verpflichtung, an ihre Mitmenschen zu denken, die den rauhen Wechselfällen des Lebens preisgegeben sind. Denn schnell könnte der Tag kommen, wo auch die Selbstsüchtigen die Hilfe ihrer Arbeitskollegen dringend benötigten.

„Ich organisiere mich nicht, weil ich dadurch eine Schädigung in meinem Arbeitsverhältnis befürchte“, sagen uns einige. Wir meinen, der Organisationsgedanke brauche sich nicht mehr ängstlich zu verstecken. Er ist ziel- und richtunggebend geworden. Schon manche Unternehmer, Verwaltungen oder Unternehmervertreter haben es ehrlich anerkannt, daß es die intelligenteste Arbeiterschicht ist, die sich unter dem Organisationsbanner vereinigt hat. Die angebliche Furcht vor Schädigungen im Arbeitsverhältnis wegen Zugehörigkeit zur Organisation muß daher wohl andere Motive haben. Sei es nun Streberei, oder Liebdienererei nach oben, oder Schmarokertum, das sich auf Kosten der Mitarbeiter Vorteile zu verschaffen sucht.

„Ich bin schon zu alt“, denken andere. Nun, die Pflicht der Solidarität und Nächstenliebe nimmt nicht ab und hört erst recht nicht auf mit der Zahl der Lebensjahre. Lange genug mögen diese Säumnigen zwar gewartet haben. Für viele ist es vielleicht auch schon reichlich spät. Aber solange jemand im Arbeitsverhältnis steht, ist er nicht zu alt, um die Mitgliedschaft des Verbandes zu erwerben. Daß so manch alter Kollege mit dem Beitritt so lange zögerte, mag er dadurch wieder gutmachen, daß er seine Söhne und Freunde dem Verbandsführer zuführt.

„Ich will noch warten!“ ruft dagegen ein anderer. Aber hast du nicht vor Jahren schon so gesagt? Wie lange willst du denn noch warten? Etwa bis es auch für dich zu spät ist? Oder bis dich plötzlich ausbrechende Ereignisse daran mahnen, daß du nicht blind in den Tag hineinleben, sondern um dich schauen und dich dem Heere deiner streitenden Arbeitsbrüder anschließen sollst? Wie viele Kollegen sind schon durch plötzliche Wechselfälle des Lebens recht unansehnlich aus ihrem wirtschaftlichen Schlaf aufgeweckt worden! Darum darfst auch du nicht länger warten. Die Zukunft wird dich noch mehr als bisher ins Kampfgetümmel hineinwerfen. Darum: Haue vor, schließe dich dem Verband an!

„Es nützt ja doch nichts!“ ruft eine andere merkwürdige Gruppe. Pessimisten sind's, die anscheinend mit verbundenen Augen und zugestopften Ohren durch's Leben gehen, sonst könnten sie doch die materiellen Erfolge, wie auch die gewaltige geistige Kulturarbeit der Gewerkschaftsbewegung

nicht übersehen. Gewerkschaftliche und amtliche Statistiken beweisen es doch zahlenmäßig, daß die Löhne nicht nur der gelernten, sondern auch der ungelerten Arbeiter sich mächtig gehoben haben dort, wo starke Organisationen bestehen. Doch über das, was vor aller Welt klar daliegt, braucht man nicht länger zu reden.

„Wenn die Organisation etwas erreicht, dann bekommen wir ja auch etwas mit“, so hören wir eine Gruppe, die Schmaroker, sagen oder vielmehr denken, denn sagen tun sie's selten. Sie wollen ernten, an denen der Schweiß ihrer Arbeitskameraden klebt. Sie wollen Erfolge genießen und lassen andere die Opfer bringen. Gehen wir zu weit, wenn wir sagen: das ist die schlimmste Spezialität? Sind sie nicht noch schlimmer als die Gelben? Die Gelben können ihre traurige Rolle wenigstens nicht verheimlichen.

Hier haben wir eine ganze Reihe von Einwendungen. Alle sollen nur den Mangel an Opferwilligkeit verkleinern. Vollständig ist unser Bild noch lange nicht. Und doch gibt es Tausende von Kollegen, die sich in diesem Bilde wiederfinden. Mögen unsere Kollegen besonders jetzt an diese Personen herantreten und sie auf's neue an ihre Pflicht erinnern. Ein Arbeiter, der sich keiner Organisation anschließt, verletzt seine Pflicht als Arbeiter, schädigt sich, seine Familie, seine Kameraden. Diese Auffassung muß Gemeingut Aller werden. Nicht Schlachtenbummler wollen wir sein, sondern eifrige Mitstreiter.

Aus unseren Berufen.

Ein zweiter Erfolg in Siegen. Im vergangenen Jahre stellten wir an die Verwaltung der Gas-, Wasser- und Kanalwerke in Siegen den Antrag, die bisherige Arbeitszeit der Außenbetriebsarbeiter von 11 Stunden auf 10 Stunden zu verkürzen. Die Verwaltung war zuerst auch nicht abgeneigt dem Antrage Rechnung zu tragen, bis es einigen unteren Vorgesetzten gelungen war, die unorganisierten Arbeiter dahin zu bringen, daß sie sich mit einer Lohnerhöhung von 2 Pfg. die Stunde, bei Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeit, zufrieden gaben. Da diese noch die Mehrheit hatten, mußten sich unsere Kollegen vorläufig dem fügen und ihre Forderung einstweilen zurückstellen. Im Laufe des Jahres wurden dann weitere Schritte unternommen, mit dem Resultat, daß nunmehr die zehnstündige Arbeitszeit und eine weitere Lohnerhöhung von 2 Pfg. die Stunde bewilligt wurde.

Kinderzulagen in Hildesheim. In der Sitzung am 5. Mai beschäftigte sich das Bürgervorsteherkollegium mit einer Vorlage des Magistrats, einem Teil der städtischen Beamten und den Angestellten und Arbeitern sogenannte Kinderzulagen zu bewilligen. Beschlossen wurde dem Antrage des Magistrats gemäß, den Beamten eine Zulage von 80 Mark und den Unterbeamten und Arbeitern eine solche von 40 Mark für das dritte und jedes weitere Kind zu gewähren. In der Regel soll die Beihilfe den Beamten gewährt werden für jedes Kind bis zum Alter von 18 Jahren, für die anderen aber nur bis zum Alter von 16 Jahren. Der Bezug dieser Zulage hat zur Voraussetzung, daß der betreffende Beamte oder Arbeiter mindestens 2 Jahre in städtischen Diensten sich befindet. Klagbarer Anspruch auf diese Zulagen wird nicht gewährt, ebenso werden sie bei der Berechnung des Ruhegehaltes nicht in Anrechnung gebracht. Der finanzielle Aufwand beträgt für insgesamt 163 Kinder 7060 Mark pro Jahr.

Mehr wie ein Tropfen auf den heißen Stein bedeutet diese Einrichtung nicht. Für die städtischen Arbeiter wäre

die Neuregelung der Lohnverhältnisse, Einführung einer festen Lohntafel, bestimmte Lohnzulagen usw. notwendiger. Die direkt unsoziale Einrichtung des niedrigeren Winterlohnes für die Arbeiter des Stadtbauamts besteht immer noch, wie überhaupt die ganzen Lohn- und Dienstverhältnisse der Hildesheimer Gemeindearbeiter recht wenig an wirkliche, zeitgemäße kommunale Sozialpolitik erinnert. Die Gewährung der Kinderzulagen kann von den Gemeindearbeitern nur als eine ganz unzulängliche Abschlagszahlung auf ihre weitergehenden, dem Magistrat eingereichten Forderungen betrachtet werden.

Trotzdem ging zwei Stadtvätern, den Herren Schulze und Sander, die eine Wartezeit von 4 Jahren verlangten, und erst für das vierte Kind die Zulage gewähren wollten, die Magistratsvorlage noch zu weit. Ob nach ihren Vorschlägen noch Zulagen wirklich ausgezahlt worden wären, könnte fraglich erscheinen. Eine derartige Sozialpolitik, bei der bei jedem Wort die Angst herauschaut, dem Privatkapitalisten unangenehm zu werden, kann keine Befriedigung bei der Arbeiterschaft auslösen. Sie erweckt den auch nicht ganz unberechtigten Anschein, als wenn man sich öffentlich gern den sozialen Mantel umhängen wolle, alle Wohlfahrts-einrichtungen eingeführt habe, die aber nichts kosten und den damit Beglückten nichts nützen.

Die städtischen Arbeiter werden sich durch diese kleine Abschlagszahlung nicht abhalten lassen, ihre weitergehenden Forderungen mit aller Energie zu vertreten.

Die neue Lohnordnung der Mülheimer Straßenbahn.

Wie wir bereits in der letzten Nummer berichteten, ist bei der Mülheimer Straßenbahn, auf unser Drängen hin, eine neue Lohnordnung eingeführt worden. Wie aus der Gegenüberstellung hervorgeht, beträgt der Lohnzuschlag bis zu 26 Mark pro Monat. Durch diese Neuregelung sind die Mülheimer Kollegen bis auf 5 Mark pro Monat den Angestellten der Kölner Straßenbahnen im Lohne nähergerückt. Jedenfalls können wir den Ausgang dieser Bewegung als einen vollen Erfolg buchen.

Aus den Ortsgruppen

Eggfing a. Inn. (Flußbauarbeiter). Am 3. Mai war es möglich durch die Vermittlung der Simbacher Kollegen, bei uns eine Versammlung der Flußbauarbeiter einzuberufen. Dieselbe war von den Flußbauarbeitern aus einer Entfernung bis von 3 Stunden besucht. Als Referent war Bezirksleiter Weizler aus München erschienen, der einen Vortrag über die neue Arbeitsordnung, ihre Vor- und Nachteile und die Kritik über dieselbe in der Abgeordnetenversammlung am 22. April hielt. Redner besprach die bisherigen Erfolge der Organisation seit dem Jahre 1908 und behandelte dann die am 1. Januar 1914 in Kraft getretene Arbeitsordnung. Nach dem am 8. April 1910 gefaßten Beschlüssen seitens der Abgeordnetenversammlung hätten die Staatsbauarbeiter hoffen dürfen, daß die oberste Staatsbaubehörde daran gehen werde, eine brauchbare Arbeitsordnung zu schaffen. In diesen Hoffnungen hätten sich die Flußbauarbeiter gründlich getäuscht, denn die einzelnen Bestimmungen der Arbeitsordnung seien sehr verflaut und müssen zum Teile direkt als rückständig bezeichnet werden. Die Lohnfestsetzungen in den einzelnen Bauämtern entsprechen nicht im entferntesten den heutigen Bedürfnissen der beschiedenen Lebenshaltung. Die Einteilung in die Lohnstufen sei eine willkürliche, die Arbeiterschaft ist bei Festsetzung der Grundlöhne vollständig ausgeschaltet worden. Der Abgeordnete Oswald habe in der Sitzung der Abgeordnetenversammlung eine wohlverdiente Kritik an den einzelnen Punkten der Arbeitsordnung geübt. Nachdem Bezirksleiter Weizler die Mittel und Wege angab, die zu einer baldigen Reform dieser rückständigen Arbeitsordnung führen und die Sitzungen unseres Verbandes erläutert hatte, schloß derselbe unter starkem Beifall seine Ausführungen.

Die anwesenden Kollegen haben den Appell des Redners richtig verstanden und traten sofort in stichtlicher Anzahl dem Verbands-

bei. Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde die Wahl der Vorstandschaft vorgenommen.

In der nächsten Zeit werden noch mehrere Versammlungen im Stromgebiet des Jnns notwendig sein, um einen durchschlagenden Erfolg für die Arbeiterschaft zu erreichen. Der beste Agitator für die Organisation ist die neue Arbeitsordnung, denn Leute, die vordem Gegner der Organisation waren, sind heute überzeugt geworden, daß nur ein starker Zusammenschluß im Verbands die Rechte der Arbeiterschaft wahren und schützen kann.

Augsburg. Am 2. Mai hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab, in der Bezirksleiter Weizler über das Thema: „Sind die Vorwürfe des sozialdemokratischen Gemeindearbeiter-Verbandes gegenüber unserem Verband und seiner Vertreter berechtigt?“, sprach. Am 17. April hielten es die Genossen in Augsburg für notwendig, eine Versammlung einzuberufen, in der in provozierender Weise schon auf den Einladungszetteln unser Kollege Schük, wie der Verband überhaupt heruntergerissen wurde. Unsere Kollegen beschloßen, dieser Versammlung fernzubleiben, da sie glaubten, keinen Grund zu haben auf Kommando der Genossen deren Versammlungen zu füllen und die Verdächtigungen über unseren Verband anzuhören. Kollege Weizler führte aus, man brauche sozialdemokratische Versammlungen, die zu dem ausgesprochenen Zwecke einberufen sind, die christlichen Gewerkschaften zu verdächtigen, garnicht besuchen und wisse doch, was gesprochen worden sei, denn die Sprüche gingen ja in allen Versammlungen aus einer Leier. Wenn unser Verband in Augsburg noch keine großen Erfolge aufzuweisen habe, so sei dieses klar. Eine Organisation, die an einem Orte erst 1 1/2 Jahre bestehe, könne noch nicht alles krumme grad machen. Es wäre für den sozialdemokratischen Verband ein trauriges Zeichen, wenn er, nachdem er schon ein Jahrzehnt besteht, nicht auch einige Erfolge aufzuweisen hätte. Wenn dies nicht der Fall wäre, dann würde ja eine solche Organisation am allerersten den Beweis der Nichtnützlichkeit erbracht haben. Die Forderungen der Gemeindearbeiter Augsburgs seien für den Etat 1914 nicht vom sozialdemokratischen Verbands, sondern vom Gesamtarbeiterausschusse eingehandelt worden dem auch unsere Kollegen zum Teil angehören und die auch für diese Forderungen gestimmt haben. Daß es unseren Kollegen, vom Sonderausschusse der Straßenreinigung und Mehrrichtabfuhr, zu verdanken ist, daß diese Arbeiter bzw. Fuhrleute um eine Lohnstufe vorrückten, könne nicht widerstritten werden. Wenn auch diese Forderung vom Inspektor des Betriebes begutachtet wurde, so ändere diese Tatsache an dem Verdienste unserer Kollegen nichts. Herr Weizler hat in seiner Versammlung die christlichen Gewerkschaften als Unternehmerschutztruppen, Zentrums-gewerkschaften bezeichnet und sogar den Papst mit in den Bereich seiner Ausführungen gezogen. Diese alten Mäxchen der Genossen, um den evangelischen Arbeitern grufeln zu machen, ziehen heute nicht mehr. Bezüglich der Vertretung der Arbeiterschaft in den Rathhäusern haben die Genossen allerdings den Vorzug, daß sie radikalere Forderungen als die Vertreter der bürgerlichen Parteien stellen. Das ist dort umso leichter wo sie in der Minderheit seien, keine Verantwortung tragen und sich um die Beschaffung der notwendigen Mittel wenig kümmern, sondern sie den anderen Parteien überlassen. Redner verurteilt die Kampfweise des sozialdemokratischen Verbandes, dem es nicht um Aufklärung der städtischen Arbeiter zu tun sei, sondern der das Bedürfnis habe andere Organisationen und ihre Führer möglichst in den Augen der Mitglieder schlecht zu machen, in der Erwartung unserem Verbands die Mitglieder abzutreiben.

In der Diskussion sprach der Bezirksleiter Weizler der mit einer kleinen Anzahl Getreuen erschienen war. Von einem besonderen Mute zeugte es nicht, als er den Versuch unternahm seine früheren Ausführungen, jetzt angefaßt der Gegner, abzuschwächen. Zu behaupten ist nur die Ausdauer, mit der Herr Weizler auch jetzt noch versuchte den städtischen Arbeitern plausibel zu machen, daß schwarz gelb und rot eigentlich gar keine Farbe sei. Entweder kennt Herr Weizler seinen Verband nicht, weiß nicht, daß auch dieser mit Haut und Haaren sich der Sozialdemokratie verschrieben hat, oder aber er sagt bewußt die Unwahrheit. Wir können ihm nur empfehlen, sich die Protokolle der Generalversammlungen und die Geschäftsberichte seines Verbandes genau anzusehen, damit er in Zukunft sich bei den denkenden Arbeitern nicht weiter so blamiert. Da ist doch Herr Dr. Erdmann, sein Parteigenosse, ehrlicher als er schrieb, die freien Gewerkschaften sollten sich sozialistische nennen, da sie es ja in Wirklichkeit wären. Oder gibt es in Augsburg noch unter den städtischen Arbeitern jene Leute, die bekanntlich nicht alle werden, und an die Neutralität der freien Gewerkschaften glauben? Unseres Erachtens ist es auch eine Verleumdung der Pietät gegenüber seinem verstorbenen Führer Webel, wenn er noch behauptete, daß die Sozialdemokratie kein Gegner des Christentums sei. Will er etwa mit seinen Ausführungen, Ausführungen Webels des ersten Führers der deutschen Sozialdemokratie, Lügen strafen.

Wenn Herr Weizler die deutsche Sozialdemokratie so wenig kennt, wie er anscheinend seinen Verband kennt, weiß nicht, daß sich „Sozialismus und Christentum“ gegenüber stehen wie Feuer und Wasser, dann müssen wir die Mitglieder des roten Verbandes beklauern, die einen solch unwissenden Mann zum Führer erwählt haben.

Dann langweilte Herr Weizler die Versammlung mit dem Zolltarif, progressiven Einkommensteuer, Wehvorlage bzw. Wehsteuer usw.

Dem anwesenden Gem. Bevollmächtigten Geier machte der den Vorwurf im verg. Jahre gegen die Aufbesserungen der städt. Arbeiter im Gemeindefollegium gestimmt zu haben, mußte sich aber das Gegenteil beweisen lassen.

Nachdem Herr Weizler in der Debatte 1 1/2 Stunden gesprochen hatte und die Versammlung erkannte, daß es demselben nicht darum zu tun sei, die Ausführungen des Kollegen Weizler zu widerlegen, sondern die Versammlung hinzuhalten, wurde durch einen Geschäftsordnungsantrag Schluß gemacht, damit andere Redner auch noch zum Worte kommen sollten. Nachdem der sozialdemokratische Bierbankpolitiker fertig war, konnte Herr Gem. Bevollm. Geier und der Referent zum Schlußworte kommen. Kollege Weizler appellierte an die städtischen Arbeiter, sich durch Pauschalverdächtigungen seitens der Sozialdemokraten nicht irre machen zu lassen und für die Stärkung des Verbandes Sorge zu tragen.

Mainz. Gemeindearbeiter. In unserer letzten Versammlung war unser Bezirksleiter Kollege Fahbender aus Karlsruhe erschienen. Derselbe führte in seinem Referate den Kollegen die Entwicklung und Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften und unseres Verbandes im besonderen, vor Augen. Angesichts der vielen Gegner, die sich im verfloßenen Jahre uns hemmend in den Weg gestellt hätten, könnten wir mit der Entwicklung unseres Verbandes in jeder Beziehung zufrieden sein. Besonders seien wir durch den unseligen Kampf mit den katholischen Fachabteilungen, welche gemeinsam mit der sich vor Schadenfreude mälzenden Sozialdemokratie sich uns in den Weg stellten, behinderten worden, mehr praktische Arbeit zu leisten. Die Entwicklung habe aber gezeigt, daß wir allen Gegnern überlegen seien, und wir uns auf dem Vormarsch befänden. Das könne ganz besonders von unserem süddeutschen Bezirke gesagt werden. Er erwähnte die Kollegen, nun ihrerseits mit aller Kraft an der weiteren Ausbreitung der Organisation mitzuarbeiten, damit wir noch besser wie bisher für die wirtschaftliche Verbesserung der Kollegen eintreten könnten. Nach den beifällig aufgenommenen Ausführungen berichtete Kollege Knoll über den Stand der Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Nach einer lebhaften Diskussion, an der sich auch der Gauleiter Behold vom freien Verbands beteiligte, konnte der Versikende die anregend verlaufene Versammlung schließen.

Cöln. (Ortsgruppe der Fuhrparksarbeiter). Am Sonntag, den 10. Mai feierte unsere Ortsgruppe das zehnjährige Bestehen durch ein gemütliches Familienfest. Zahlreich waren die Kollegen mit ihren Angehörigen erschienen. In der Festrede führte Kollege Erdmann aus: „Die beste Weihe können wir dem heutigen Feste dadurch geben, daß wir uns der hohen Ideale bewußt werden, denen unsere ganze christliche Gewerkschaftsbewegung dient. Ihre Arbeit ist eine Kulturarbeit im besten Sinne des Wortes. Sie versucht einen gerechten Ausgleich bei der Verteilung der wirtschaftlichen Güter herbeizuführen. Ist es nicht Kulturarbeit, wenn wir durch unsere Gewerkschaftsarbeit, der materiellen Not, die zugleich der beste Nährboden für eine Zerrüttung des Familienlebens ist, zu Leibe rücken. Wenn diese unsere Tätigkeit vielfach verkannt und von den eigenen Standesangehörigen noch viel zu wenig gewürdigt wird, dann beruht dieses zum großen Teil darauf, daß unsere Bewegung allzu oft nach einigen Begleitererscheinungen beurteilt wird. Um aber zu einer gerechten Würdigung und Bewertung zu kommen, müssen wir sie als Ganzes betrachten. Viele Frauen kennen sie nur vom Vertrauensmann her, der jede Woche die Beirträge abholt. Ihren günstigen Einfluß auf die Höhe des Lohnes, der Dauer der Arbeitszeit, der Behandlung auf der Arbeitsstätte usw., der doch gerade beim Cölner Fuhrpark in den letzten 10 Jahren dem aufmerksamen Beobachter in die Augen springen muß, wird von sehr vielen vollständig unbeachtet gelassen. Noch mehr wie die materiellen Erfolge sind es die Vorteile idealer Natur die so wenig Beachtung finden. Die Pflege der Standestugenden, Kollegialität, Solidarität, Pflichtbewußtsein, zu der doch die Gewerkschaft stets anregt, kommt dem gesamten Stande, auch den Angehörigen zugute. Möge das heutige Fest dazu beitragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl, den Willen zu ernster Arbeit zu stärken, zurückschauend auf die letzten zehn Jahre uns mit neuen Hoffnungen und fester Zueversicht erfüllen. Deshalb auf zu neuer Arbeit, zu neuen Erfolgen.“

Vorträge, des zumeist aus Kollegen bestehenden Gesangsvereins „Liederblüte“ und Vorträge ernstern und heiteren Inhalts einiger Mitglieder hielt die Versammelten manche Stunden vergnüglich zusammen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Zur Bewegung der Lebensmittelpreise.

Die Senkung der Lebensmittelpreise, die im Februar des laufenden Jahres im Verhältnis zum Vormonat und zum gleichen Monat des Vorjahres eingetreten ist, reicht immer noch nicht hin, um den Stand der Jahre 1911 und 1912 wiederherzustellen. Die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie berechneten sich auf Grund der Calwer'schen Lebensmittelpreisstatistik von ca. 190 deutschen Städten für die nachstehenden Monate durchschnittlich auf Mark:

	1911	1912	1913	1914
Januar	23,50	24,69	23,01	25,57
Februar	23,61	24,85	25,46	25,29
März	23,60	25,18	25,83	—
April	23,80	25,74	25,61	—
Mai	23,72	25,52	25,43	—
Juni	23,97	25,85	25,35	—
Juli	24,37	26,10	25,88	—
August	24,05	26,66	25,83	—
September	24,77	26,63	25,78	—
Oktober	24,88	26,26	25,73	—
November	24,64	26,08	25,58	—
Dezember	24,60	26,03	25,46	—

Danach sind die Haushaltungskosten im Berichtsmonat um 0,57 Mk. gegen den Februar 1913 zurückgegangen; gleichwohl gehen sie noch um 0,46 Mk. über das Niveau des Jahres 1912 und um 1,68 Mk. über dasjenige des Jahres 1911 hinaus.

Man muß sich hierbei immer wieder ins Gedächtnis rufen, daß auch diese Jahre schon im Zeichen der Teuerung standen.

Deutsche Werkbundaussstellung in Köln.

Die Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens hat es mit sich gebracht, daß Arbeit und Kunst vielfach getrennte Wege gingen, zum Schaden beider Faktoren und der Volksgesamtheit. Diesem Mangel sucht der Deutsche Werkbund abzuhelfen; er will werktätige Arbeit und künstlerisches Streben miteinander vereinigen, um eine Durchgeistigung der deutschen Arbeit zu erzielen. Qualitätsarbeit und Geschmacksveredelung; in diesen beiden Worten verkörpert sich das Ziel jener Bestrebungen, die durch die diesjährige Werkbundaussstellung in Köln im großen Stil propagiert werden sollen. Die Werkbundaussstellung hat sich zur Aufgabe gestellt, ein möglichst vollkommenes Bild von dem Stand der modernen deutschen Qualitätsarbeit zu geben. Es handelt sich bei dieser Ausstellung nicht um die Vorführung von Kunstgewerbe im alten Sinne des Wortes, sondern es soll hier die angewandte Kunst überhaupt dargestellt werden, angewandt auf Industrie, Gewerbe, Handwerk und Handel. Gediegen in der Ausführung, schön in der Formgebung, vollendet in der Technik, so soll sich Deutschlands Industrie und Gewerbe auf der Kölner Ausstellung präsentieren. Schönheit in diesem Sinne bedarf nicht des Edelmetalls, nicht des Elfenbein, nicht des feuren Steins oder des kostbaren Holzes, sondern sie tritt ebenso gut im schlichten irdenen Gefäß, im sinnvoll und sauber gearbei-

tenen Hauswerksgerät, im Massenartikel und billigem Klein-gerät in die Erscheinung. Künstlerisch veredelte Qualitätsarbeit bedarf keiner geräuschvollen Reklame, keines pompösen Schmuckes oder trügerischer Uebertünchung, um sich durchzusetzen, sondern Qualitätsarbeit im Sinne des Werkbundes ist jedes Erzeugnis, das ehrlich gearbeitet und nach den Gesetzen der Kunst ausgeführt ist. Diese Gedanken will die Werkbundaussstellung zum Ausdruck bringen und zum Gemeingut der breiten Volksmassen machen. So wird die Ausstellung dazu beitragen, das Zusammenwirken zwischen Kunst und Arbeit zu fördern und dadurch den Erzeugnissen der deutschen Arbeit auf dem Weltmarkt gesteigertes Ansehen verschaffen.

Aus den angeführten Gründen erscheint es durchaus angebracht, das Interesse der deutschen Arbeiterschaft für den Werkbundgedanken zu wecken und auf die diesjährige große Werkbundaussstellung in Köln hinzulenken. Die christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands haben sich mit der Ausstellungsleitung in Verbindung gesetzt, um ihren Mitgliedern den Besuch der Ausstellung zu erleichtern. Wie überall, so wird auch hier die christlich organisierte Arbeiterschaft in der ersten Reihe derjenigen zu finden sein, denen die Förderung von Industrie und Gewerbe und das Wohlergehen des deutschen Volkes am Herzen liegt.

Arbeiterbewegung.

Der Zentralverband der Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter, von dem am Schlusse des Jahres 1912 nebst unserem Verbandsverband der Militärarbeiter und rund 2000 Forstarbeiter abgetrennt wurden, gibt in der Nummer 17 der „Gewerkschaftsstimme“ seinen Bericht für 1913. Nach der Abtrennung verblieben ihm noch 10 102 Mitglieder. Trotz der ungünstigen Geschäftskonjunktur konnte er seine Mitgliederzahl auf 11 220 steigern. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 294 015 Mark, die Ausgaben auf 242 896 Mark. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Jahreschlusse 92 783 Mark. 124 Lohnbewegungen wurden geführt; davon 68 allein. An den Bewegungen waren 3319 Mitglieder beteiligt. Durch dieselben wurden für 2710 Mitglieder Lohnerhöhungen erzielt im Betrage von 387 709 Mark pro Jahr oder 7456 Mark pro Woche. Ferner wurde für 1033 Mitglieder eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 112 502 Stunden pro Jahr erreicht. Der Verband hat im letzten Jahre 50 Tarifverträge abgeschlossen und war am Jahreschlusse insgesamt an 110 Tarifverträgen beteiligt, die für 241 Betriebe und 5245 Verbandsmitglieder Geltung hatten. Eine anerkennenswerte gewerkschaftliche Arbeit, die den Mitgliedern erhebliche Verbesserungen ihrer Existenzbedingungen gebracht hat. Nachdem nunmehr das erste Jahr, nach der Abtrennung, das ohne Zweifel erhöhte Anforderungen organisatorischer, wie auch finanzieller Natur stellte, verfloßen ist, steht zu erwarten, daß er im laufenden Jahre noch größere Erfolge, im Interesse seiner Mitglieder und unserer gesamten Bewegung, aufzuweisen haben wird.

Der Anteil der christlichen Gewerkschaften an den Arbeits-tarifverträgen läßt sich aus der jüngst erschienenen amtlichen Tarifstatistik 1912 genau feststellen. Darnach waren sie an 1040 Tarifverträgen beteiligt und 73 826 ihrer Mitglieder arbeiteten unter tariflich geregelten Arbeitsbedingungen. Die Verteilung auf die einzelnen Berufsverbände ergibt sich aus folgender Uebersicht:

	Tarife	Mitglieder
Bauarbeiter	280	42 608
Holzarbeiter	238	11 414
Schmider	113	4 264
Fabrik- und Verkehrsarbeiter	103	5 882
Maler	66	3 170
Metallarbeiter	65	1 615
Leberarbeiter	43	1 826
Keramarbeiter	43	3 633
Graphisches Gewerbe	34	1 328
Nahrungsmittelarbeiter	26	1 974
Heimarbeiterinnen	18	424
Tabakarbeiter	8	555
Gärtner	3	133

Da die Hauptmasse der christlichen Gewerkschaften in der Berg- und Hütten-, der Metall- und Textilindustrie sitzt, in der die Arbeitgeber Tarifverträge zum Teil noch grundsätzlich ablehnen, so ist der ziffernmäßige Anteil der christlichen Gewerkschaften an den Tarifvertragsabschlüssen der übrigen Gewerbe hoch zu bewerten.

Die katholischen Fachabteiler (Sitz Berlin) sind nach ihren eigenen Angaben an 30 Tarifverträgen mit 8071 Mitgliedern beteiligt.

Der Goldbeutel der „freien Gewerkschaften“

hat wieder einmal seine milde Hand geöffnet; zur Beruhigung derjenigen roten Klassenkämpfer, die Anstoß daran nahmen, daß bei Gelegenheit der Einweihung des Hauses des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes von „privater“ Seite ein Frühstück im Werte von ca. 1000 Mark gestiftet wurde. Wie der Vorwärts (11. März 1914) meldet, ist die Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses durch Zuwendung von „privater“ Seite in die Lage versetzt worden, bis zum 1. Mai dieses Jahres die für Gewerkschaftsmitglieder reservierten billigen Betten zu 45 und 55 Pfg. mit einer Ermäßigung von 15 Pfg., also für 30 und 40 Pfg. abzugeben. — Wenn, so schreibt mit Recht das Organ des christl. Holzarbeiterverbandes, den christlichen Gewerkschaften derartige Zuwendungen gemacht würden, ist tausend gegen eins zu wetten, daß die ganze rote Prekmeute damit die Abhängigkeit der christl. Gewerkschaften vom Privatkapitalismus und den Arbeitgebern begründete. So aber ist alles in schönster Ordnung und niemand regt sich im roten Lager ob des erhaltenen „Mehrwertes“ auf.

Wie es in einer roten Domäne aussieht.

Wir lesen im „Vorwärts“: „Verschlechterungen im städtischen Straßenbahnbetriebe. Unter den Angestellten, Fahrern und Schaffnern sowie Wagenwäschern der Städtischen Straßenbahnen macht sich eine Unzufriedenheit bemerkbar. Es wird als besondere Härte empfunden, daß den Wagenwäschern, welche auch im Fahrdienst Verwendung fanden, das Kilometergeld seit dem 1. April nicht mehr bezahlt wird. Durch diese Maßnahmen sind die betroffenen Angestellten um circa 80 Mk. pro Jahr im Verdienst geschädigt. Was ein derartiger Ausfall für einen Familienvater ausmacht, scheint die Betriebsleitung nicht erwogen zu haben.

Und wenn weitere Verschlechterungen in bezug der Diensterteilung noch hinzukommen, so daß Angestellte von morgens früh bis spät in die Nacht mit ganz kurzen Unterbrechungen auf den Wagen Dienst tun müssen, so kann man es ohne weiteres verstehen, daß die Angestellten alles aufbieten, um die Verschlechterungen wieder abzuschaffen. Die angesammelte Erregung machte sich in einer Versammlung der Angestellten zunächst gegen den Arbeiterausschuß Luft, der diese Verschlechterungen ohne Widerspruch geschehen ließ. In der Versammlung wurde von allen Anwesenden zum Ausdruck gebracht, daß der Arbeiterausschuß seine Schuldigkeit nicht getan habe und ein Weiterarbeiten des jetzt bestehenden Ausschusses um des lieben Friedens willen nicht gewünscht werde. Eine Kommission aus 7 Angestellten soll zunächst

mit der Betriebsleitung eine Aussprache über die strittigen Punkte herbeiführen. Weitere Schritte behalten die Angestellten sich vor.“

Diese kurze Notiz ist äußerst interessant. Wo bleibt denn eigentlich der große mächtige Transportarbeiterverband und nicht minder der rote Gemeindegewerkschaftenverband, die in Berlin doch zusammen rund 70 000 Mitglieder haben wollen? Wo bleibt der gewaltige Einfluß der Herren Genossen im Berliner Rathaus? Wir sind auch neugierig zu erfahren, ob denn nicht der in die Wüste geschickte Arbeiterausschuß sich nur aus Genossen zusammensetzt. Wie so oft wird auch von den Genossen wieder mit billigen Ausreden die Kollegen zu beschwichtigen versucht. Der Satz: „Weitere Schritte behalten wir uns vor“, wird schon seit Jahren in allen Variationen immer wieder wiederholt. Damit ist dann auch in der Regel die ganze Bewegung begraben. Zu wundern braucht man sich daher nicht, wenn gerade in Berlin in den letzten Jahren die gelbe Sumpfpflanze so üppig unter den Straßenbahnnern ins Kraut schießt. Die Noten ernten, was sie gesät.

Literarisches.

Eine Abwehrschrift des christlichen Bauarbeiterverbandes. Seit Jahren befindet sich der „freie“ Bauarbeiterverband in einer starken inneren Krise. Breite Mitgliederkreise sind unzufrieden mit der Politik des jetzigen Verbandsvorstandes und mit den Beschlüssen der drei letzten Generalversammlungen. Um seine Mitglieder abzulenken, hat die Leitung des „freien“ Bauarbeiterverbandes zu einem recht schlechten Mittel gegriffen: er unternimmt im ganzen Lande einen Feldzug gegen die christliche Bauarbeiterorganisation. Bereits hat die „deutsche“ Leitung eine Broschüre gegen den christlichen Bauarbeiterverband herausgegeben, die die schärfsten Angriffe und dicksten Unwahrheiten gegen diese enthält. Jahrelang war das Verhältnis der beiden Verbände untereinander ein gutes, wie es den gewerkschaftlichen und tariflichen Verhältnissen im Baugewerbe förderlich war. Jetzt hat der von der sozialdemokratischen Leitung mutwillig vom Baune gebrochene Streit das friedfertige Verhältnis zerstört, jedenfalls nicht im Interesse der deutschen Bauarbeiter.

Die Leitung des christlichen Bauarbeiterverbandes hat die Broschüre und die ganze Aktion des sozialdemokratischen Verbandes mit einer Gegenschrift beantwortet, worin in durchaus sachlicher Form die wahren Gründe für das Vorgehen der gegnerischen Konkurrenzorganisation aufgedeckt werden. Die Schrift gibt einen interessanten Einblick in die Lage des „deutschen“ Bauarbeiterverbandes, die zur Zeit alles andere denn rosig ist. Eine zahlenmäßige Darstellung über die Leistungen der beiden Verbände zeigt, daß der christliche Verband seinem gegnerischen Konkurrenzverbande nicht nur um nichts nachsteht, sondern in manchen Dingen nicht unerheblich überlegen ist. Im allgemeinen bringt die Broschüre auch manche Inhaltspunkte zur Kennzeichnung der inneren Verhältnisse der großen, zentralisierten sozialdemokratischen Industrieverbände.

Verbandsnachrichten.

Vom 1. Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen: Bamberg, Barmen, Ingolstadt, Neuß, Freiburg, Nürnberg, Cleve, Eberfeld, Geitau, Bochum, Bruchsal und Köln (Straßenbahner).

Nicht, oder nur unvollständig abgerechnet haben: Freising, Weiden, Augsburg, München, Passau (beide Ortsgruppen), Peitriching, Wilshofen, Frankfurt, Mülhausen, Ulm, Erefeld, Milheim, Metz, Düren und Münster.

Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner.

A. Gesamteinnahmen und Ausgaben im Jahre 1913.

Einnahmen	M.	Ausgaben	M.
An Kassenbestand in den Ortsgruppen	6 492,39	per Unterstützungen (Zentralk.) M. 16501,26	
An Abfindung vom Fabrikarbeiterverband	4 000,18	per Unterstützungen (Lokalassen) „ 3062,02	19 563,28
An Aufnahmegebühren	840,60	per Verbandsorgan	5 862,51
An Beträge	76 257,25	per Unkosten bei Lohnbewegungen	2 713,20
An Extra- und Lokalbeiträge	12 698,25	per Agitation und Sekretariate (Zentralkasse)	8 728,67
An Abonnementsgebühren	129,26	per Verwaltungskosten (Zentralkasse)	8 639,92
An Versicherungsbeiträge	299,80	per Verwaltungskosten (Lokalassen)	12 971,94
An Zinsen	382,34	per Porto	330,28
An Broschürenverkauf	55,05	per Bildungszwecke	315,70
An Saldos	478,16	per Delegationen	233,20
An sonstige Einnahmen	629,72	per Witwenpension	200,00
		per Rückzahlung an den Fabrikarbeiterverband	1 475,09
		per Beitrag zum Gesamtverband	1 271,09
		per Versicherungsbeiträge	1 299,21
		per Beitrag zu den Ortskartellen	2 011,71
		per Büroeinrichtungen an der Zentrale	1 734,25
		per sonstige Ausgaben	812,65
		per Reisevorschuß an die Beamten	450,00
		Kassabestand in der Hauptkasse M. 26517,10	
		Kassabestand in den Ortsgruppen „ 7133,20	33 650,30
	102263,—		102263,—

B. Abschluß

Einnahmen	102 263,— M.
Ausgaben	68 612,70 „
Ergebnis Kassabestand	33 650,30 M.

Den vorstehenden Abschluß mit der Kasse, den Büchern und Belegen in Uebereinstimmung befunden.

Cöln, den 14. Mai 1914.

Die Revisoren:

Jakob Gull. Peter Wallraff.

C. Vermögensnachweis

Kassabestand (Zentral- und Lokalkassen)	33 650,30 M.
Reisevorschuße	450,— „
Büroeinrichtung nach 10% Abschreibungen	3041,10 „
Gesamtvermögen	37141,40 M.

Nicht einbegriffen ist der Wert der vorhandenen Borräte an Formularen, und Drucksachen sowie der Bibliotheken an der Zentrale und den Ortsgruppen.

Der Kassierer:

Heinr. Sidmann.

Zum Jahresabschluß.

Nachstehend geben wir den Kassenabschluß für das erste Geschäftsjahr unseres Verbandes bekannt.

Zur Erläuterung sei folgendes bemerkt: Unter der Rubrik „Einnahmen“ setzt sich der Posten „An Saldos“ zusammen aus Beträgen die drei Ortsgruppen eingesandt haben, ohne aber bis zum Bücherabschluß die Abrechnungsliste vom 4. Quartal 1913 eingesandt zu haben.

Unter der Rubrik „Ausgaben“ sind in dem Posten „per Agitation und Sekretariate“ auch die Kosten der Büroeinrichtungen für die Bezirkssekretariate enthalten. Desgleichen unter „per Verwaltungskosten (Lokalassen)“ die Kosten für eine Schreibmaschine und ein Vertikalfältigungsapparat auf dem Cölnner Lokalsekretariate und die gesamten Unkosten des Münchener Lokalsekretariates.

Da der Verband beim Abschluß keinerlei finanzielle Verpflichtungen gegenüber Dritten hatte, brauchten bei der Bilanz (Vermögensnachweis) keine Passiven aufgeführt zu werden.

Unter Berücksichtigung der großen Ausgaben, die wir bei der Neugründung des Verbandes, für die Beschaffung der Verbandsmaterialien und der Büroeinrichtungen hatten, kann der Jahresabschluß als ein durchaus befriedigender angesehen werden.

Der Zentralvorstand.



Gedenktafel.
 Gestorben ist der Kollege:
Josef Cuijens, Cöln.
 Ehre seinem Andenken.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Sidmann;
 Verlag: Peter Debenbach, beide in Köln, Venloerwall 9.
 Druck: Köln-Schrenfelder Handelsbucherei, Klarstr. 9.